

Marion Seib

- (A) Viertens. Sie fordern einen so genannten G2B-Moderator. Damit wollen Sie das Projektmanagement implantieren, das Ihnen in der Studie empfohlen wurde. Sie bleiben aber die Auskunft über die Ausschreibungsbedingungen zur Besetzung dieser Stelle schuldig. Haben Sie etwa schon einen Bewerber in der Hinterhand?

Fünftens. Ihre Forderung gegenüber Ihrer Regierung nach einer schnellen Realisierung der Datenbereitstellung lässt die Vermutung aufkommen, dass es hier auch um Vertriebsmonopole für Softwaresysteme geht. Wenn dem so wäre, bliebe die Frage offen, welche Ausschreibung wo gelaufen ist, um dieses Problem zu lösen.

Sechstens. Die aus einer vom Wirtschaftsminister wahrscheinlich freihändig vergebenen nordrhein-westfälischen Studie abbeschriebenen Handlungsempfehlungen geben auch keine Auskunft darüber, wie beim Erfassen, Handeln und Verwalten der Geoinformationen die **privaten Dienstleister und die Wissenschaft** eingebunden werden sollen.

Meine zentrale Forderung lautet deshalb: Der Interministerielle Ausschuss für Geoinformationswesen muss für Wirtschaft und Wissenschaft geöffnet werden. Dies brächte Transparenz. Deshalb, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wäre es besser gewesen, Sie hätten hier nicht nur Beschreibungen von Verwaltungssituationen geliefert, sondern klar dargestellt, auf welchen Wegen Sie die Länder fördern wollen, damit diese ihren Zuständigkeiten besser nachkommen können. Es wäre wichtig gewesen, bekannt zu geben, welche Instrumente Sie den Ländern dazu an die Hand geben wollen. Schade um die vertane Chance.

- (B) Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen, Drucksache 15/809, mit dem Titel „Nutzung von Geoinformationen in Deutschland voranbringen“. Wer von Ihnen stimmt für diesen Antrag? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU/CSU bei Enthaltung der FDP angenommen.

Ich rufe die Zusatzpunkte 5 und 6 auf:

- ZP 5 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Hermann Scheer, Doris Barnett, Dr. Axel Berg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Michaela Hustedt, Hans-Josef Fell, Undine Kurth (Quedlinburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien

– Drucksache 15/807 –

- ZP 6 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Hermann Scheer, Doris Barnett, Dr. Axel

Berg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Michaela Hustedt, Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (C)

Initiative zur Gründung einer Internationalen Agentur zur Förderung der Erneuerbaren Energien (International Renewable Energy Agency – IRENA)

– Drucksache 15/811 –

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch, dann verfahren wir auch so.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Hermann Scheer.

Dr. Hermann Scheer (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die beiden Anträge stehen in einem gedanklichen Zusammenhang, wie sich unschwer feststellen lässt. Ich möchte sowohl dazu, welchen Sinn die Konferenz hat, als auch zu IRENA, der Internationalen Agentur zur Förderung der Erneuerbaren Energien, einige begründende Worte sagen. Ich möchte auch sagen, warum wir vonseiten des Parlaments die Initiativen unterstützen und vorantreiben sollten.

1992, als die Agenda 21 verabschiedet worden ist, fehlte in diesem berühmten und ansonsten sehr wichtigen und guten Dokument die Bezugnahme auf das Weltenergieproblem, obwohl es das Schlüsselproblem für die Weltökologie und für die Entwicklung vieler Länder von entscheidender Bedeutung ist. Bekanntlich geht ohne Energie nichts. Es ist unvorstellbar und auch vom Potenzial her unmöglich, die Energieversorgung, wie sie heute dominant ist und bei der die Industrieländer die meiste Energie verbrauchen, auf die ganze Welt zu übertragen. (D)

Zehn Jahre später wurde auf der Rio-plus-10-Konferenz in Johannesburg dieser Mangel der Agenda 21 behoben. Es bildete sich sogar eine andere Art der Koalition der Willigen, eine Gruppe von Ländern – inzwischen sind es über 100 –, die gesagt haben: Wir müssen hier sogar mehr tun, als in dem Schlussdokument von Johannesburg vereinbart wurde. Aber die Situation ist nun einmal so: Auch wenn der Geist inzwischen williger geworden ist, sind die Initiativen, bezogen auf die internationale Situation, noch weitgehend schwach. Weltweit wächst der Energiebedarf immer noch wesentlich schneller als der Zuwachs der Nutzung Erneuerbarer Energien, obwohl es zwei objektive Grenzen des herkömmlichen Energieeinsatzes gibt, die mit der Reservelage und mit der Belastbarkeit der Ökosphäre zusammenhängen.

Deswegen wird diese Konferenz im Wesentlichen vier Aufgaben haben:

Erstens. Das Zutrauen in die weit unterschätzten Möglichkeiten der Erneuerbaren Energien muss gestärkt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Hermann Scheer

- (A) Zweitens. Es darf nicht nur darüber diskutiert werden, welche Nachteile finanzieller oder ökonomischer Art – vermeintliche ökonomische Belastungen – es unmöglich machen würden, beschleunigt Erneuerbare Energien einzuführen. Gesprochen werden muss auch über die **ökonomischen Vorteile** umfassender Art, damit sie den Entscheidungsträgern und den Gesellschaften dieser Welt klar werden. Angesichts der extremen Energieimportabhängigkeit von Drittweltländern, die sich diese gar nicht mehr leisten können, muss neben dem umweltpolitischen Aspekt auch über den entwicklungspolitischen Aspekt gesprochen werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Drittens. Da, wo Initiativen stattgefunden haben, müssen die Erfolge der Politik einem Vergleich unterzogen werden, damit im Sinne eines produktiven Weltföderalismus der eine vom anderen die guten Ansätze lernen kann.

Viertens. Es muss darüber gesprochen werden, was aus eigener Kraft realisiert werden kann. Denn es ist undenkbar, die Weltenergieversorgung nur mit den herkömmlichen Methoden gesonderter Förderprogramme oder Subventionen auf Erneuerbare Energien umzustellen, was das eigentliche Ziel ist. Die Wirtschaftsordnungen müssen sich darauf entsprechend einrichten, gerade wenn sie die Vorteile erkennen.

- (B) Was die Einrichtung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien angeht, so ist dafür ein zwingendes Erfordernis gegeben, das international bisher noch nicht ausreichend erkannt worden ist. UN-Organisationen haben viele Aufträge, aber sie sind nicht auf diese Frage spezialisiert, auch nicht von ihrem Statut her. Es gibt im **internationalen Institutionensystem** eine Reihe von Regierungsorganisationen, die sich mit der Energieversorgung beschäftigen, etwa die Internationale Atomenergieagentur, die sich die Atomenergieförderung zur Aufgabe gemacht hat, oder die Internationale Energieagentur, deren eigentliche Aufgabe die Sicherheit der Versorgung mit fossilen Energien ist. Eine Regierungsorganisation – nur um diese geht es mir; Nichtregierungsorganisationen für erneuerbare Energien gibt es kontinental und weltweit – für diesen speziellen Bereich gibt es aber noch nicht.

Es ist ein nicht mehr tragbarer Zustand, dass sich der Förderung der Energien, auf denen die Hoffnung der Welt liegt und liegen muss, keine institutionelle Kraft widmet, die dies vorantreibt. Mit der Einrichtung einer solchen Agentur geht es zunächst einmal darum, die „institutionelle Waffengleichheit“, um den Begriff hier einmal zu benutzen, herzustellen. Eine Agentur, die von ihren Statuten her auf Erneuerbare Energien konzentriert ist, wäre weltweit ebenso ein Signal, wie es in den 50er-Jahren, als man die Weltenergiezukunft noch bei der Atomenergie suchte, die 1957 gegründete Internationale Atomenergieagentur war. Wer die Notwendigkeit einer IRENA bestreitet, müsste konsequenterweise – das muss man allen sagen – gleichzeitig die Forderung erheben, die Internationale Atomenergieagentur aufzulösen,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

(C)

zumindest soweit es um ihr technisches Entwicklungsprogramm geht. Wir leisten jährlich einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 25 Millionen Euro. Die Hälfte des gesamten Budgets der IAEA geht in die technischen Entwicklungsprogramme, also in die Ausbildung und das Training von Wissenschaftlern und Experten – weltweit, bis nach Afrika, obwohl dort nie ein solches Kraftwerk stehen wird –, welche sich der Förderung der Atomenergie widmen.

Eine solche Agentur muss wesentlich dazu beitragen, dass das überwunden wird, was eine weltweite Einführung Erneuerbarer Energien hauptsächlich verhindert. Man braucht für eine weltweite Einführung Erneuerbarer Energien aufgrund ihres **dezentralen Charakters** nämlich viele Menschen, die damit umzugehen gelernt haben. Es muss die Ausbildung von Ingenieuren, Architekten, Handwerkern und Wissenschaftlern – das, was man international die „human capacity“ nennt – vorangetrieben werden. Das ist eine globale Ausbildungsaufgabe.

Es geht nicht um Projektförderung oder die Finanzierung; dafür gibt es schon Institutionen. Es geht darum, dass man subsidiär dort tätig wird, wo bisher nichts geschehen ist. Es gibt zwar hier und dort Initiativen, aber wenn man die globale Landkarte betrachtet, ist in dieser Schlüsselfrage eigentlich bisher noch nicht viel geschehen. Deshalb bedürfen wir einer solchen Initialzündung. Mit dieser deutschen, aber weltweit angelegten Initiative machen wir einen großen Schritt nach vorne. Sie ist international angelegt. Alle Länder sind eingeladen, dort Mitglied zu werden, auch wenn dem am Anfang nicht alle folgen werden. Bei der IAEA waren es am Anfang 17 Mitglieder, nun sind es 130. Diese Entwicklung wird bei der Agentur für Erneuerbare Energien mindestens genauso positiv sein.

(D)

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat die Abgeordnete Kristina Köhler.

Kristina Köhler (Wiesbaden) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die entscheidende Frage in der heutigen Debatte ist nicht, ob es sinnvoll ist, den Transfer Erneuerbarer Energien in Entwicklungs- und Schwellenländer zu fördern. Natürlich ist das sinnvoll;

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

denn die Sicherstellung einer Versorgung mit nachhaltiger Energie in diesen Ländern ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung, für Armutsbekämpfung und Friedenssicherung sowie für die Erschließung künftiger Exportmärkte, wovon nicht zuletzt die westlichen Industrienationen profitieren werden. Die entscheidende Frage ist

Kristina Köhler (Wiesbaden)

- (A) vielmehr, mit welchen Instrumenten und mit welchen **Kosten-Nutzen-Relationen** wir das tun wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir müssen also die verschiedenen Instrumente miteinander vergleichen und gegeneinander abwägen. Genau das vermisste ich in Ihrem Antrag. Wenn es Ihnen tatsächlich um Klimaschutz, Ressourcenschonung, Armutsbekämpfung und eine langfristige Energieversorgung gehen würde, wie Sie in Ihrem Antrag schreiben, dann würde sich die von Ihnen geplante Agentur nicht ausschließlich dem Transfer Erneuerbarer Energien widmen.

(Ulrike Mehl [SPD]: Sondern?)

Der Aufbau einer Versorgung mit Erneuerbaren Energien ist Teil eines nachhaltigen Energieversorgungskonzeptes, aber eben nicht mehr als ein Teil. Die einseitige Ausrichtung auf Erneuerbare Energien ist der falsche Weg, um eine nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was ist beispielsweise mit den immensen CO₂-Einsparpotenzialen, die durch die Weiterentwicklung fossiler Technologien erreicht werden können, was teilweise wesentlich kostengünstiger ist als der Ausbau bei den Erneuerbaren Energien? Wollen Sie dies den Entwicklungsländern vorenthalten?

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: So jung und schon so alt! Das ist ja schrecklich!)

- (B) Was ist mit den konventionellen Energien, die Ressourcen schonend und wirtschaftlich eingesetzt werden können, was in den Entwicklungsländern sehr sinnvoll sein könnte? Davon ist in Ihrem Antrag kein Wort zu finden. **Wirtschaftlichkeit und Kosteneffizienz** gehören auch zu einer nachhaltigen Energiepolitik und dürfen nicht hinter ideologischen Scheuklappen und einer unkritischen Euphorie für Erneuerbare Energien verschwinden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wirtschaftlichkeit und Kosteneffizienz werden wir aber nur mit einem Energiemix erreichen sowie mit einer an Effizienzgesichtspunkten orientierten Förderung Erneuerbarer Energien. Wir wollen doch nicht auf internationaler Ebene die Fehler wiederholen, die wir in Deutschland mit unserer Subventionspolitik beispielsweise bei der Windenergie machen. Diese Art der Subventionspolitik ist kein Exportschlager.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Neben einer differenzierten Betrachtungsweise vermisste ich bei Ihnen auch eine realistische Bestandsaufnahme. Eine Initiative zur Gründung einer internationalen Agentur zur Förderung Erneuerbarer Energien ist ja nun kein sonderlich origineller Gedanke.

(Anke Hartnagel [SPD]: Aber sinnvoll!)

Es gibt weltweit sehr viele Institutionen und Projekte, die sich dieser Frage widmen. Ich möchte Ihnen nur fünf davon nennen: Es gibt erstens das Deutsche Windener-

gie-Institut, das sich der Aus- und Weiterbildung im Ausland widmet. Zweitens gibt es das Internationale Transferzentrum für Umwelttechnik, das sich seit 1996 genau dem widmet, was Sie für diese Agentur vorsehen. Drittens gibt es die Vereinten Nationen, die im Rahmen der UNEP-Programme an der Erforschung und Durchsetzung Erneuerbarer Energien arbeiten. Viertens gibt es das 1990 gegründete UNEP Collaborating Centre on Energy and Environment, das sich dem Wissenstransfer über Erneuerbare Energien widmet. Fünftens gibt es das von der UN initiierte AREED-Projekt in Afrika, durch das regionale Unternehmen, die sich im Bereich der Erneuerbaren Energien engagieren wollen, unterstützt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Statt mit IRENA nun eine zusätzliche, kostenintensive Institution zu schaffen, wäre es sehr viel sinnvoller, diese bestehenden Institutionen besser miteinander zu vernetzen und ihre Agenda, wo nötig, zu erweitern.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Genau so ist es!)

Dieser Meinung ist übrigens auch das Darmstädter Öko-Institut.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Erstaunlicherweise, aber es ist so!)

Zugegeben: Eine neue Agentur zu schaffen lässt sich natürlich sehr viel publikumswirksamer inszenieren, als eine Institution auszubauen, die es bereits gibt. IRENA ist ja auch ein sehr schöner Name. Wir sollten uns von schönen Namen aber nicht zu viel versprechen. Dies zeigt ebenfalls die vor allen Dingen durch Wohlklang beeindruckende **Task Force Erneuerbare Energien**, die 2001 von der G 8 auf der Weltenergiekonferenz in Buenos Aires initiiert wurde. Damals wurde ein Finanzbedarf bis zum Jahre 2020 von mehreren 100 Milliarden US-Dollar veranschlagt. Schauen wir in den Koalitionsvertrag, stellen wir fest, dass Sie für den Ausbau Erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz in den Entwicklungsländern in den nächsten fünf Jahren jeweils 500 Millionen Euro veranschlagen. Dies ist nun wirklich nur ein äußerst kleiner Bruchteil der von der Task Force Erneuerbare Energien veranschlagten Summe. An dieser Stelle zeigt sich, wie weit der rot-grüne Anspruch und die finanzielle Wirklichkeit auseinander klaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn Nachhaltigkeit mehr sein soll als eine Worthülle, dann müssen wir die umwelt- und entwicklungspolitischen Instrumente einer Kosten-Nutzen-Analyse unterziehen. Einer solchen Analyse hält IRENA nicht stand.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihre Argumente auch nicht!)

(A) Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Michaela Hustedt.

Michaela Hustedt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Vorbereitungen für die Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien, zu der Bundeskanzler Schröder in Johannesburg eingeladen hat, laufen auf Hochtouren. Über 100 Länder haben schon signalisiert, dass sie dabei sein wollen. Mit ihnen zusammen werden wir die Agenda dieser internationalen Konferenz festlegen.

Ich glaube, das ist ein bedeutender Hoffnungsschimmer. Wenn wir in die Zeit nach dem großen Aufbruch in Rio zurückblicken, stellen wir fest, dass die Umweltkonferenzen deutlich an Dynamik verloren haben. Nunmehr haben wir einen neuen Ansatz gewählt, indem wir sagen: Lasst uns diejenigen zusammensuchen, die nicht immer über die Lasten klagen, wenn es um den Klimaschutz geht, sondern die sich – zum Beispiel für die wirtschaftliche Entwicklung – auch etwas davon versprechen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bundeskanzler Schröder hat der Staatengemeinschaft diesen Ansatz angeboten. Dieser wird auch aufgegriffen, aber leider nicht von Ihnen. Ich finde es sehr bedauerlich und schade, dass Sie sich an der IRENA abgekämpft – dazu sage ich gleich noch etwas –, zur Konferenz aber kein einziges Wort gesagt haben.

(B) (Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Kommt noch! Wir machen das arbeitsteilig!)

Ich möchte Sie ausdrücklich dazu einladen, dass wir als Parlament diese Konferenz gemeinsam begrüßen, auf den Weg bringen und positiv begleiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit dieser Konferenz wollen wir zeigen, dass sich Klimaschutz auch wirtschaftlich lohnt und er eine **Chance für die wirtschaftliche Entwicklung** bietet. Er bietet die Chance, vom Öl wegzukommen; das ist aktuell eine sehr wichtige Diskussion. Wir müssen die Abhängigkeit von krisengeschüttelten Regionen überwinden. Im „long run“ wollen wir erst 50 Prozent und dann 100 Prozent der Bevölkerung mit Strom, Wärme und Treibstoff von heimischen Erneuerbaren Energieträgern versorgen. Wir wollen auch aufzeigen, dass die Erneuerbaren Energien ein großes Potenzial zur Bekämpfung der Armut haben. Viele Menschen in der Welt sind eben noch nicht an große Energieversorgungssysteme angeschlossen. Die dezentralen Erneuerbaren Energien bieten eine gute Chance, diese Menschen preiswert in den Genuss von Strom und Wärme kommen zu lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir hoffen, dass diese Konferenz eine Aufbruchstimung initiiert, damit die Staaten zusammenarbeiten und Bremser keine Chance mehr haben, um so den Klimaschutz voranzutreiben.

In diesem Zusammenhang halte ich die IRENA für ein absolut notwendiges Instrument. Sie verlangen, die Instrumente abzuwägen. Was haben wir denn gemacht? Seit Jahren wägen wir die Instrumente ab, und zwar so lange, bis sie auf dem Niveau sind, in dem Sie jetzt in die Diskussion einsteigen. Wir sind nach den Jahren der Abwägung zu dem Ergebnis gekommen: Zusätzlich zu den bestehenden Institutionen bedarf es einer IRENA, gerade weil es für den atomaren und den fossilen Bereich vergleichbare Institutionen gibt. Damit ziehen wir gleich und machen deutlich: Bei der weltweiten Vertretung der Konzepte der Erneuerbaren Energien soll Waffengleichheit herrschen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Eine entsprechende Institution für die fossilen Energien – falls Sie das nicht wissen – gibt es doch längst.

Die IRENA soll in bilateralen Gesprächen gegründet werden. Wir werden versuchen, möglichst viele Staaten davon zu überzeugen, diese internationale Agentur mit uns zusammen zu gründen. Sie soll vor allen Dingen dazu dienen, den Technologie- und den **Know-how-Transfer** zu organisieren. Hermann Scheer hat eben vollkommen richtig gesagt, dass es einen großen Unterschied macht, ob man große Kraftwerke baut oder dezentral Erneuerbare Energien einsetzen möchte. Es bedarf umfassender Schulungsprogramme für die Menschen vor Ort, damit sie eine Biogasanlage auch fahren können; denn so einfach ist das nicht.

Die IRENA soll darüber hinaus dazu dienen, den Drive, der von dieser Konferenz ausgeht, kontinuierlich weiterzutragen, damit auf diese Weise neue Impulse und Debatten über die richtigen Instrumente angeregt werden. Es ist nun nicht mehr die Zeit, darüber zu diskutieren, ob wir eine IRENA brauchen, sondern es ist Zeit, die Ärmel hochzukrempeln, um mit den Ländern der Welt, die mit uns gemeinsam vorangehen wollen, diese Institution zu gründen.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Es spricht jetzt die Abgeordnete Angelika Brunkhorst.

Angelika Brunkhorst (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Sinne einer guten internationalen Politikkoordination bestehen bei der FDP gegen die Internationale Konferenz zur Förderung Erneuerbarer Energien, die für nächstes Jahr in Bonn geplant ist, prinzipiell keine Bedenken. Ich muss allerdings dazu sagen, dass uns die Eile und die Kombination mit dem Antrag zur IRENA, der Internationalen Agentur zur Förderung Erneuerbarer Energien, stutzig macht. Wir fragen uns in diesem Zusammenhang: Gibt es nicht schon genügend außerparlamentarische Gremien in Deutschland, deren Bedeutung

Angelika Brunkhorst

- (A) oftmals wirklich fragwürdig ist? Die FDP kritisiert, dass unter dieser Regierung verstärkt eine **Entparlamentarisierung** politisch wichtiger Entscheidungsbereiche stattfindet.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen haben uns also mit der IRENA noch kurz vor Ostern ein Kaninchen aus dem Hut gezaubert. Das stellt sich für uns so dar: Wir müssen noch schnell einen Antrag machen, damit wir das Parlament im Boot haben und frei nach dem Märchen vom Hasen und dem listigen Igel sagen können: Wir sind schon hier. Ich meine, es mangelt Ihnen an der gebotenen Sorgfalt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Erstens. Die Einrichtung dieser Internationalen Agentur ist präjudizierend für ähnliche Einrichtungen in anderen Politikbereichen.

(Anke Hartnagel [SPD]: Wie kommen Sie denn darauf? Die gibt es schon!)

Eine Gründung ist mit erheblichem **Finanzbedarf** verbunden, und zwar bei einem ständig sinkenden Umweltbudget.

- (B) Zweitens. Die Frage, ob man die IRENA überhaupt braucht oder ob diese Funktion nicht von dem ohnehin geplanten Begleitkreis für die internationale Konferenz in Bonn übernommen werden kann, stellt sich hier ganz dringend. Da die Kollegin von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Hustedt, eben erklärt hat, IRENA sei so wichtig, frage ich mich: Warum wurde der Antrag nicht dem üblichen Beratungsverfahren im Umweltausschuss unterzogen?

Drittens. Eine Spezialagentur für spezifische Energiearten leidet aus Sicht der Liberalen an demselben Mangel wie das EEG insgesamt: Es werden selektiv einzelne Energieformen bevorzugt. Dies führt zu einer Ungleichbehandlung der Energieträger, die wir uns angesichts der anstehenden Probleme der globalen Klima- und Energiepolitik nicht leisten können.

Lassen Sie mich das präzisieren: Zum einen wissen wir nicht, was IRENA eigentlich kosten soll. Das wollen Sie der Regierung überlassen. Dieses Vorgehen ist nicht rechtmäßig. Ich denke, wenn der Bundestag über die Einrichtung der Agentur abstimmen soll, müssen Sie dem Parlament einen bezifferbaren Vorschlag machen.

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Beim einem Gesetz, aber nicht bei einer Resolution!)

Zum anderen ist der Antrag, wie ich meine, parlamentarisch unangemessen, weil Sie es ohne weiteres der Regierung überlassen wollen, die Agentur einzusetzen. Eine weitere Spezifizierung findet nicht statt.

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Das muss ja auch nicht sein!)

Ich denke, das ist der Bedeutung des Themas nicht angemessen. (C)

(Beifall bei der FDP)

Die Liberalen werden einen solchen Blankoscheck auf keinen Fall ausstellen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat die Kollegin Anke Hartnagel.

Anke Hartnagel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin etwas erstaunt darüber, wie die Debatte gegenwärtig vonseiten der CDU/CSU und der FDP geführt wird. Ich kann mich daran erinnern, dass in der jüngsten Sitzung des Umweltausschusses festgehalten wurde, man wolle gemeinsam an die Überarbeitung des EEG herangehen und man sei sich einig über die Bedeutung der nachhaltigen Energien. Aber die Argumente in dieser Diskussion verfolgen die entgegengesetzte Richtung. Das verstehe ich nicht.

(Beifall bei der SPD – Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Das ist dann aber nicht richtig verstanden worden! Das EEG hat nichts mit IRENA zu tun!)

– Ich glaube schon. Es hat durchaus mit nachhaltigen Energien zu tun. Es geht darum, die Versorgung mit nachhaltigen Energien auf internationaler Ebene – ob in Osteuropa oder in Entwicklungsländern – mit vernünftigen Konzepten umzusetzen. (D)

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Aber nicht so!)

Darum geht es.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Grundsätzlich ja!)

Das bedeutet eigentlich, dass Sie, wenn Sie das EEG überarbeiten wollen, den nachhaltigen Energien eine große Priorität einräumen wollen. Aus Ihren Ausführungen geht das aber nicht hervor.

Ich verstehe auch Ihre Äußerung nicht, Frau Brunkhorst, dass das Parlament nicht beteiligt werde. Schließlich können wir die Agentur gar nicht einsetzen. Ich denke, dass es richtig ist, einen Antrag einzubringen, in dem die Regierung aufgefordert wird, dies zu tun. Davon sollten wir nicht abrücken. Eine Entpolitisierung kann ich nicht erkennen; denn die Parlamentarier sind sehr wohl an der Vorbereitung beteiligt. Insofern weiß ich nicht, worin die Entpolitisierung bestehen soll.

Ich möchte noch einige Ausführungen machen. Die Förderung regenerativer Energien ist untrennbar mit der **Armutsbekämpfung** verknüpft. Wir, die Industrieländer, tragen dabei eine große Verantwortung. Deswegen ist es notwendig, dass wir uns gemeinsam mit den Entwicklungsländern an einen Tisch setzen.

Anke Hartnagel

- (A) Die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns der Weltgemeinschaft wurde gerade in Johannesburg wieder deutlich. Bundeskanzler Schröder hat dort zu einer internationalen Konferenz nach Deutschland eingeladen. Schon im kommenden Frühjahr – ich begrüße es, dass es so schnell geht – wird diese Konferenz stattfinden. Das heißt, diese Bundesregierung nimmt ihre Verantwortung wahr.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Michaela Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die deutschen Erfolge bei der Förderung Erneuerbarer Energien sind nicht ohne Grund auf dem Johannesburg-Gipfel als weltweit beispielhaft bewertet worden.

Zur Konferenz: Wichtig für das Parlament ist – ich habe das eben bereits ausgeführt –, dass neben der Deutschen Energie-Agentur, deutschen Organisationen und Unternehmen, die auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien tätig sind, Umweltschutzverbänden und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit auch die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aller Fraktionen in die weitere Vorbereitung der Konferenz einbezogen werden. Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben also die Möglichkeit der kritischen und konstruktiven Begleitung zur Vorbereitung der Konferenz. Nutzen wir diese Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen, anstatt uns zu beklagen, dass wir nicht beteiligt würden!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Mit dieser Konferenz geben wir einen internationalen Anstoß zum weltweiten Ausbau der Erneuerbaren Energien. Zukunftsenergien sind das Mittel, Armut zu bekämpfen und gleichzeitig Klima und Umwelt zu schützen. Denn eines muss uns allen klar sein: Zwei Milliarden Menschen haben derzeit keinen Zugang zu Energie. Das muss man sich vorstellen. Dieser Zugang ist aber unerlässlich für den wirtschaftlichen Fortschritt, die Entwicklung eines Gesundheitswesens und eines Bildungssystems, kurz gesagt: für die Bekämpfung der Armut. Erst wenn es den Entwicklungsländern gelingt, ihre heimische Erneuerbare Energie zu nutzen, werden Sie aus der Energie- und damit aus der Armutsfalle herauskommen. Um auch dies klar zu sagen: Atomenergie kann hierbei nicht die Lösung sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch fossile Energien sind keine Alternative. Wie sich die Abhängigkeit gerade vom Öl auswirkt, können wir momentan täglich am Fernseher verfolgen. Wenn die Weltgemeinschaft die globale Energiewende mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einleitet, können Konflikte um erschöpfliche – sprich: fossile – Energieträger vermieden werden. Das verdeutlicht: Erneuerbare Energien haben eine **friedenstiftende Wirkung**.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einen Punkt unterstreichen. Es kann nicht darum gehen, dass die Industrieländer den Entwicklungsländern ihre Technologien aufdrängen. Wir

können und müssen voneinander lernen. Ein Export von Know-how ist natürlich wichtig, aber er macht nur Sinn, wenn die ökonomischen, ökologischen und kulturellen Gegebenheiten in den jeweiligen Ländern berücksichtigt werden. Darum ist es auch so wichtig, dass auf der Konferenz nicht nur die Regierungsvertreter aller beteiligten Länder zusammenkommen, sondern auch Nichtregierungsorganisationen und Interessenvertreter der privaten Wirtschaft. Darüber hinaus ist es ein ebenso wichtiger Schritt, dass parallel zur Konferenz die Initiative für eine Internationale Agentur für Erneuerbare Energien, die IRENA, realisiert wird.

Ich komme zum Schluss und möchte nur noch eine Bemerkung machen. Wir können all diese Probleme und Vorhaben, die wir jetzt dargelegt haben, nur bewältigen und die globale Energiewende nur dann vorantreiben, wenn wir uns gemeinsam anstrengen. Die Konferenz und die internationale Agentur sind entscheidende Schritte auf diesem Wege. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, das zu bedenken und in Ihre Überlegungen einzubeziehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Ralf Brauksiepe.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit zunehmendem Abstand zur Kioto-Konferenz wird immer deutlicher, wie bedeutsam die damals gefassten Beschlüsse waren, die ganz wesentlich von der damaligen Bundesumweltministerin Angela Merkel geprägt und initiiert worden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In der Kontinuität dieser Politik sind wir auch heute fest entschlossen, die vorhandenen Potenziale für den Ausbau Erneuerbarer Energien weltweit zu nutzen. Angesichts von zwei Milliarden Menschen, die weltweit keinen regelmäßigen Zugang zu Energie haben, haben wir dazu gar keine Alternative. Deswegen, Frau Kollegin Hustedt, ist der Begriff der „Waffengleichheit“, den Sie hier eingeführt haben, der völlig falsche Ansatz. Es geht nicht darum, die einen Energieträger als Waffe gegen die anderen einzusetzen. Wir brauchen sie alle, wenn wir zwei Milliarden Menschen ohne Zugang zu Energie mit Energie versorgen wollen. Das ist unser Ansatz.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Angelika Brunkhorst [FDP])

Dabei ist es notwendig, mit dem gebotenen Augenmaß vorzugehen. Ich verstehe, dass Sie uns nicht glauben, aber ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen, was beispielsweise die Europäische Kommission in der Vorbereitung des Johannesburg-Gipfels im letzten Jahr

Dr. Ralf Brauksiepe

(A) völlig zu Recht festgestellt hat. Dort heißt es, dass – ich zitiere –

der erwartete Anstieg des Energieverbrauchs in den Entwicklungsländern nicht hauptsächlich durch die erneuerbaren Energien abgedeckt werden kann, die für viele dieser Länder derzeit unerschwinglich sind.

Deswegen ist es so notwendig, sämtliche Maßnahmen zur **Steigerung der Energieeffizienz** bei allen Energieträgern weltweit entschlossen zu nutzen.

Zur Vollständigkeit dieser Situationsbeschreibung gehört eben auch, dass die fossilen Energieträger, die in vielen Entwicklungsländern unter günstigen geologischen Rahmenbedingungen reichlich vorhanden sind, bei der Energieversorgung der Menschen gerade auch in den Entwicklungsländern eine unverzichtbare Rolle spielen und auch in Zukunft spielen werden. Deswegen kann es nicht darum gehen, eine ideologisch geprägte Debatte über Wert oder Unwert einzelner Energieträger zu führen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Entscheidend ist doch vielmehr, dass die Energieversorgung einer weiterhin wachsenden Weltbevölkerung auf Nachhaltigkeit aufgebaut wird. Nachhaltigkeit ist aber kein Synonym für Erneuerbare Energien. Auch hier verweise ich Sie auf das, was die Europäische Kommission, die Sie in Ihre Planungen einbeziehen wollen, dazu festgestellt hat: Die traditionelle Form des Einsatzes von Biomasse in weiten Teilen Afrikas ist eben nicht nachhaltig. Ähnliches kann man über die Wasserkraft sagen. Außerdem wird kein verantwortlicher Politiker ernsthaft den Versuch unternehmen wollen, den Entwicklungsländern, die sich selbst preiswert mit fossilen Energieträgern versorgen können, die Nutzung der vorhandenen Potenziale auszureden. Es geht hier also auch um die Entwicklung und Verbreitung von Technologien für eine möglichst saubere Nutzung von Kohle, Öl und Gas.

(B)

Frau Kollegin Hartnagel, Sie waren in der letzten Legislaturperiode ja noch nicht Mitglied des AwZ. Deshalb sage ich Ihnen: Der AwZ hat zum Beispiel Anhörungen zum Thema **Megacities** durchgeführt, die ein immer größer werdendes Problem in den Entwicklungsländern sind. Man wird nicht alle Megacities nur mit Erneuerbaren Energien versorgen können. Hier braucht man einen sinnvollen Energiemix. Genau um den geht es uns.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Anke Hartnagel [SPD]: Es geht nicht um die Megacities!)

Jetzt komme ich auf die für das nächste Jahr geplante internationale **Konferenz** für Erneuerbare Energien zu sprechen. Frau Kollegin Hustedt, in meiner Fraktion sind fast fünfmal so viele Abgeordnete wie in Ihrer. Deswegen muss nicht jeder von uns – ich bitte um Ihr Verständnis – das gesamte Thema abarbeiten. Ich möchte Ihnen nur so viel dazu sagen: Wir unterstützen grundsätzlich diese Konferenz und sind auch bereit, in dem von Ihnen angeregten nationalen Begleitkomitee engagiert mitzuar-

beiten, weil wir uns aus Erfahrung versprechen, dass solche Konferenzen auch dringend benötigte Impulse für das politische Handeln in der Zeit danach setzen werden. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte Ihnen aber auch deutlich sagen, was uns an Ihrem Antrag zu dieser internationalen Konferenz stört. Hieran wird wieder die Tatsache sehr deutlich – das werfe ich Ihnen vor –, dass Sie alle wichtigen globalen Fragen letztlich immer unter innenpolitischen Aspekten beantworten.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Das ist richtig!)

Das begann ja mit dem von Ihnen gerühmten Besuch des Bundeskanzlers in **Johannesburg**. Der wahlkämpfende Bundeskanzler hat seine damalige Rede ganz bewusst in deutscher Sprache gehalten, obwohl Deutsch keine Konferenzsprache war. Er hat dies nicht getan, weil er nicht in der Lage gewesen wäre – das war nicht das Problem –, einen fünfminütigen englischsprachigen Text vom Blatt abzulesen. Er hat das vielmehr getan, weil sich seine Rede nicht in erster Linie an die Teilnehmer der Konferenz in Johannesburg, sondern an die deutsche Öffentlichkeit gerichtet hat. Die Art und Weise, wie Sie Klimapolitik betreiben, ist das Problem.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD)

Daher müssen wir Ihren Antrag ablehnen, in dem Sie behaupten – ich weiß, das tut weh –, dass der Bundeskanzler mit dieser Art des Auftretens großen Anklang gefunden hätte. Seine Art hat auf die Teilnehmer dieser Konferenz eher abstoßend gewirkt. Für uns ist es auch nicht akzeptabel – um es ganz deutlich zu sagen –, dass Sie versuchen, durch die Schaffung oder die Nutzung solcher internationalen Ereignisse davon abzulenken, dass Sie Ihre Hausaufgaben nicht erledigen. (D)

(Anke Hartnagel [SPD]: Sie haben überhaupt nichts begriffen!)

Zum Abschluss möchte ich Ihnen ein paar einschlägige und beeindruckende Zahlen zu den **Ausgaben** des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Bereich der bilateralen technischen und finanziellen Zusammenarbeit im Jahr 1998 und – damit Sie vergleichen und sehen können, wohin es geht – im Jahr 2003 nennen. Die Ausgaben für den Umwelt- und Ressourcenschutz im Entwicklungshilfahaushalt betragen 1998 420 Millionen Euro, 2003 nur noch 372 Millionen Euro. Für Bildung wurden 1998 146 Millionen Euro ausgegeben. 2003 sind es nur noch 111 Millionen Euro. Die Ausgaben für die Bevölkerungspolitik betragen 1998 69 Millionen Euro, 2003 nur noch 58 Millionen Euro.

(Ulrike Mehl [SPD]: Nehmen Sie mal die Zahlen von 1997!)

Die Ausgaben für Energieerzeugung und -versorgung in der Entwicklungszusammenarbeit – das ist ein ganz wichtiger Kernbereich – betragen 1998 133 Millionen Euro. Im Haushalt 2003 sind nur noch 72 Millionen

Dr. Ralf Brauksiepe

- (A) Euro eingestellt. Das ist die bittere Realität Ihrer Politik. Wir werden es nicht zulassen, dass Sie von diesem Versagen durch internationale Konferenzen und festliche Empfänge ablenken. Nicht Reden, sondern Handeln ist gefragt. Darauf kommt es an und daran werden wir Sie messen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 15/807 mit dem Titel „Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP angenommen worden.

Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 15/811 mit dem Titel „Initiative zur Gründung einer Internationalen Agentur zur Förderung der Erneuerbaren Energien“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? –

(Anke Hartnagel [SPD]: Beschämend, das ist richtig beschämend!)

- (B) Enthaltungen? – Auch dieser Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP angenommen worden.

Ich rufe den Zusatzpunkt 7 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Peter H. Carstensen (Nordstrand), Albert Deß, Helmut Heiderich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Hürden für die Biotechnik abbauen

– Drucksache 15/803 –

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Widerspruch erhebt sich dagegen nicht. Dann verfahren wir so.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst der Abgeordnete Helmut Heiderich.

Helmut Heiderich (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn der heutigen Plenarsitzung hat der Bundestag über die technologische Leistungsfähigkeit unseres Landes debattiert. Dabei sind von führenden Personen der rot-grünen Koalition deutliche und hehre Worte vorgetragen worden. Zwei Beispiele: „Aus unserem Land muss mehr an technologischen Innovationen kommen“, äußerte Ex-Grünen-Chef Kuhn. „Wir wissen, dass Technologie in großem Stil gekauft werden muss, weil wir sie nicht mehr selbst haben“, sagte SPD-Fraktionschef Müntefering. Seine Folgerung lautete: „Eine

breite Aufbruchstimmung für technologische Innovationen ist deshalb notwendig.“ In diesem Ton ging es eine ganze Zeit lang weiter. (C)

Solche Worte hören wir zwar gern, aber wir hören sie auch schon seit langem.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dann allerdings, wenn es um die Umsetzung, um praktisches Handeln, geht – auch das ist heute Morgen schon gesagt worden –, bleibt von alledem relativ wenig übrig. Negativstes Beispiel dafür ist die Biotechnik.

Mehrfach hat Ihr Bundeskanzler die **Biotechnologie** als die Schlüsseltechnologie dieses Jahrhunderts bezeichnet. Doch zumindest im Bereich der Biotechnik halten Sie diesen Beritt verschlossen. Sie haben diese Technologie weggeschlossen und unternehmen alles, um den Schlüssel versteckt zu halten. Dabei hat Ihre Bundesregierung selbst im europäischen Ministerrat erklärt, das Moratorium zur Forschung und Entwicklung gentechnisch verbesserter Pflanzen sei rechtswidrig. Die Bundesregierung hat die europäische Vereinbarung von Lissabon, in der gesamten Biotechnik bis zum Jahre 2010 weltweit führend zu sein, mit ausgehandelt und ohne Wenn und Aber unterschrieben.

Doch das politische Handeln sieht völlig anders aus: Das **Moratorium**, also der Stopp von Forschung, Entwicklung und wirtschaftlicher Anwendung, hat die Aufbruchstimmung und die Aufholjagd der 90er-Jahre in Deutschland wie in Europa beendet. So ist nach Feststellung der EU zum Beispiel die Zahl der Freisetzungsanträge in der Forschung seit 1998 um sage und schreibe 76 Prozent zurückgegangen. In Deutschland ist sie sogar noch stärker zurückgegangen. Die EU-Kommission stellte in ihrem Forschungsfortschrittsbericht vom März 2003 – er ist nur wenige Tage alt – fest, dass die neu gegründeten, jungen Unternehmen der Biotechnikbranche – darauf haben auch die Regierungsfractionen heute Morgen hingewiesen – stark einbrechen, Insolvenz erleiden oder gänzlich ins Ausland verschwinden. (D)

Deshalb, so meinen wir, muss sich die Bundesregierung intensiv für die umgehende Aufhebung des Moratoriums einsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Sie darf diese Aufhebung nicht wieder an neue, aufschiebende Bedingungen knüpfen, wie es Ministerin Künast vor wenigen Tagen mit der Feststellung andeutete, erst müssten alle EU-Richtlinien, die es in diesem Aufgabenfeld gebe, in Kraft sein, dann könne man darüber reden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wäre tatsächlich das Ende jeder positiven Entwicklung in diesem Technologiebereich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Man denke nur daran, dass die Bundesregierung die Umsetzung der EU-Richtlinie seit 1998 vor sich herschiebt. Dazu hat die EU in ihrem Fortschrittsbericht gesagt, dies bremse jede weitere Entwicklung in diesem Bereich.

Am 24. April 2003, also in genau 14 Tagen, veranstaltet die EU-Kommission eine **Tagung** über die neuesten